

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Volksscheckkonto** Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig:**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

**Insertionspreise:** Die 7 gelbte Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorkauf 2.00 Mk., Familienanzeigen, die 7 gelbte Zeile 1.70 Mk., Nekrolog-Kolonelle 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zwetagschäfte und alle Volkshälften entgegen.

## Vor einem neuen Kapp-Putsch?

Berlin, 3. November. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Vorwärts meldet aus Hamburg: Das Hamburger Echo bringt folgende Mitteilung:

„Was in Deutschland sich um das Hakenkreuz schart, die Orgel organisiert und sich sonst dazu bekennt, hält den Tag für gekommen, um einen neuen gewaltigen Putsch gegen die Regierung zu unternehmen. Den Monarchisten ist in der letzten Zeit der Ramm gewaltig geschwollen. Auf allen ihren Tagungen und Versammlungen reden sie recht deutlich über ihre Absichten, ein Zeichen, daß das geheime Wählen und Arbeiten seit der Revolution, gegenrevolutionäre Truppen und sonstige Organisationen zusammenzubringen, nicht ohne Erfolg geblieben ist. Bayern hat die Führung in diesen verbrecherischen Plänen, von dort aus hat das Unternehmen sich über ganz Deutschland ausgebreitet, das in Bezirke eingeteilt ist. Jeder Bezirk hat seine bestimmten Aufgaben. Am 3. November soll nach übereinstimmenden Nachrichten, die uns mit detaillierten Angaben zugehen, der Putsch versucht werden. Die nationalistischen Anhänger werden jedoch ihre Rechnung ohne die Arbeiterkraft gemacht haben. Wie dem Kapp-Putsch wird auch dem neuen Verbrechen von der Arbeiterschaft mit aller Entschlossenheit begegnet werden. Nur eins, das darf man jetzt schon sagen, wird sich diesmal ändern. Die Arbeiterschaft wird die Verbrecher an dem Volk und an der Republik nicht wieder den bürgerlichen Behörden und Gerichten zur Aburteilung überlassen, sondern es wird selbst das Urteil fällen und den Urteilspruch vollziehen.“

Der Vorwärts bemerkt dazu: In der letzten Zeit gehen auch uns verheerende Meldungen zu, in denen der 8. oder 7. November als Tag des geplanten neuen Kapp-Putches bezeichnet wird. Die Regierung wird gut tun, diesen Gerüchten nachzugehen. Es ist nur zweierlei möglich, entweder liegen ihnen irgendwelche Tatsachen zugrunde, die möglicherweise übertrieben sein können, oder sie werden von irgendeiner Stelle zum Zweck der Verführung ausgeprengt.

## Bayerische Putsch-Gerüchte.

Berlin, 3. November. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Volkszeitung meldet aus München unter der Überschrift: Was geht in Bayern vor?:

Die Frage des Fortbestehens oder auch nur der Entwaffnung der Einwohnerwehren hat in der hiesigen Öffentlichkeit eine starke Spannung hervorgerufen, die sich in den abenteuerlichsten Gerüchten Luft macht. Der zufällige Umstand, daß zum heutigen Allerheiligenabend von der hiesigen Garnison ein Trauergottesdienst für die Gefallenen veranstaltet wurde, an dem mehrere Prinzen des ehemaligen Königshauses in ihrer hohen Offiziersuniform teilnahmen, hat dazu geführt, daß man sich geheimnisvoll erzählt. Kronprinz Rupprecht habe seit heute seinen Wohnsitz wieder hier aufgeschlagen, da man bei den bevorstehenden Ereignissen seine Gegenwart dringend brauche. Der Kuriosität halber sei weiter verzeichnet das Gerücht, daß Wien zur Hauptstadt des deutschen Donauraumes und zur Residenz des Königs aus dem Mittelsbacher Hause bestimmt sei. Andere erzählen mit Wonneschauer, daß in einer Schule von den Lehrern mit den Kindern bereits die Symmen eingeübt werden, mit denen noch im Laufe dieser Woche die Jugend beim Empfang am Bahnhof dem spontanen Jubel der Bevölkerung Ausdruck verleihen soll. Inzwischen sind die Führer, aus denen diese Gerüchte geschlichen kommen, so leicht zu verfolgen — eine führt zurück auf einen unsäglich törichten Leitartikel des Bayerischen Königsboten — daß man auf eine solche bayerische Kappade wohl noch einige Zeit warten kann. Allerdings wird niemand, der die Verhältnisse hier beobachtet, alle diese Gerüchte ganz aus der Luft gegriffen finden können. Es ist bezeichnend, daß maßgebende hiesige Zeitungen sich nicht genug tun können in scharfer Frontstellung gegen die Reichsregierung, obgleich sie wissen müssen, daß diese Regierung nicht aus eigenem Antrieb handelt. In der Münchner Zeitung wird ein Artikel des bayerischen Ministerialdirektors von Stodhammern verbreitet, in dem es heißt: Das Landesheiraten vom September, so sehr es das bayerische Herz erfreuen mag und mußte, was eine Nationalität sondergleichen. Das bayerische Volk kann sich nicht wundern, wenn ihm aus dieser allzu treuherzigen Bekundung seines neuwachsenden militärischen und nationalistischen Empfindens noch ernste Schwierigkeiten erwachsen.“ Dazu bemerkt das Blatt: Wenn Frankreich die Bekundung des Kulturpeters ernsthaft wolle, werde es das Nichtstathenden bayerischer Einwohnerwehr-Beranstellungen davon nicht abbringen. Es werde einen andern geeigneten Vorwand dafür finden.

## Bayern löst die Einwohnerwehren nicht auf.

München, 2. November. Die bayerische Regierung hat die Antwort auf die Entente note wegen Auflösung der Einwohnerwehren an die Reichsregierung

bereits abgehen lassen. Unter Betonung der unverbrüchlichen Verbindungen Bayerns wird der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß man in Bayern der Entente forderung auf Auflösung der Einwohnerwehren nicht nachkommen werde.

## Niederlage der Arbeiterpartei bei den englischen Gemeinderatswahlen.

Amsterdam, 2. November. Wie die Blätter aus London melden, fanden gestern in England mit Ausnahme von London die Gemeinderatswahlen statt. Von den zahlreichen durch die Arbeiterpartei aufgestellten Kandidaten ist nur ein kleiner Teil gewählt worden. Große Industriezentren wie Manchester, Liverpool, Northumberland, Portsmouth, Wolverhampton und Blackburn gingen der Arbeiterpartei verloren.

II. London, 3. November. Bei den Gemeinderatswahlen in England und Wales, wo ein Drittel der Stadtordebenenmandate erneuert werden mußte, hat die Arbeiterpartei nach den bisher bekanntgewordenen Ergebnissen sehr schlecht abgeschnitten. Von 220 Kandidaten in 18 Bezirken sind nur 20 gewählt.

## Republikaner Sieg in Amerika.

Paris, 3. November. (WZ.) Havas berichtet, daß Senator Harding zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt worden ist.

## Frankreich und die Verzichtserklärung Englands.

III. Basel, 3. November. Havas meldet aus London: Der französische Botschafter in London sprach bei Lord George vor. Er gab im Namen der französischen Regierung die Erklärung ab, daß das isolierte Vorgehen Englands in der Frage der Wiederherstellung der Erfüllung der Bedingungen des Friedensvertrags in ihrer Gesamtheit gefährde und damit zugleich die Einheit der Entente.

## Kein Verzicht Frankreichs auf Milchkuhe.

II. Basel, 3. November. Aus Paris wird offiziell die Berliner Nachricht demontiert, daß die französische Regierung die Zahl der von Deutschland abzuliefernden Kühe von 800 000 auf 100 000 herabgesetzt habe. Frankreich habe bei der Wiedergutmachungskommission dagegen protestiert. Der französische Bauer habe an den Kriegsfolgen zu schwer zu tragen, als daß man einen solchen Verzicht rechtfertigen könnte.

## Stoßen der Verhandlungen mit Polen.

III. Königsberg, 2. November. In den Pariser Verhandlungen mit den Polen, welche den Durchgangswerte zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich betreffen, ist nach hier vorliegenden Nachrichten ein Stillstand eingetreten. Die Polen erheben den unberechtigten Anspruch, die Vertragspflicht nicht den ostpreussischen Verkehrensnotwendigkeiten, sondern der Leistungsfähigkeit der polnischen Verkehrensrichtungen anpassen zu wollen.

## Tschechisch-rumänische Verständigung.

Prag, 2. November. Das Tschechoslowakische Pressebureau berichtet: Die zweltägigen Beratungen mit dem rumänischen Minister des Äußeren Take Jonescu endeten mit einem vollen Einvernehmen über die aktuellen politischen Fragen, vor allem über die Fragen betreffend die Kleine Entente und die wechselseitigen Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Die beiden Minister stellten fest, daß die Angelegenheit der Kleinen Entente bei den Westmächten jetzt vollkommen Einmütigkeit und volles Einverständnis finde, und daß alle Kombinationen betreffend Ungarn nicht mehr aktuell seien. Das zwischen der Tschechoslowakei und Rumänien in Bukarest vereinbarte Abkommen wurde neuerdings bestätigt. Zwischen den beiden Ministern wurden Noten ausgetauscht, in denen festgestellt wurde, daß das politische Einvernehmen zwischen den beiden Staaten als ein vollkommenes und dauerndes anzusehen ist. — Minister Take Jonescu ist nach Warschau abgereist.

## Die Reichstagswahlen für Sachsen-Thüringen für gültig erklärt.

II. Berlin, 2. November. Das Wahlprüfungsgericht des Reichstags, das aus den Abgeordneten als Vorsitzenden, Brodau und Fischer sowie zwei Reichsgerichtsräten sich zusammensetzt, hielt heute eine Sitzung ab, in der zunächst die Wahlproteste aus dem 7. Wahlkreisverband (Sachsen-Thüringen) zur Beratung standen. Unter den Protesten befindet sich der Protest des Landtagsabgeordneten Dr. Oskar Cohn gegen seine Streichung aus dem unabhängigen Wahlvorschlag. Aus der Verhandlung ist zu entnehmen, daß der Name Cohn, der an fünfter Stelle auf der Liste der Unabhängigen stand, gestrichen wurde, weil von ihm nicht rechtzeitig die Annahmeerklärung der Kandidatur eingegangen war. Nach längerer Beratung wurden die Wahlen im 7. Wahlkreisverband für gültig erklärt.

## Die Neu-Bakunisten.

Es kommt auf die Verkleidung an, dachten sich die Befürworter der Moskauer Bedingungen, da etablierten sie sich selbst als den „linken Flügel“ der Partei und denunzierten die Gegner der Anschließbedingungen als den „rechten Flügel“. Dadurch sollte der Eindruck hervorgerufen werden, als ob nur sie, die Geyer, Däumig, Stöcker, die allein echten Revolutionäre seien, wogegen man die andern als die rückständigsten Elemente der Partei, als die Opportunisten, die Kleinbürger zu betrachten hätte. Zieht man ihnen aber die Verkleidung vom Leibe, so kommt man zu einem merkwürdigen Ergebnis. Was nämlich die Moskauer uns als die neueste Erkenntnis ihres „revolutionären Marxismus“ anpreisen, ist nichts anderes, als die Wiederholung einer durch die Entwicklung schon längst abgetanen Weisheit. Diese echten Revolutionäre von heute sind in Wirklichkeit die verspäteten Nachfahren einer Epoche, die man in der Arbeiterbewegung seit 50 Jahren überwunden zu haben glaubte.

In den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts tobte in der internationalen Arbeiterassoziation, der ersten Internationalen, ein heftiger Kampf zwischen Marx und Bakunin. Der Streit endete mit dem Sieg der marxistischen Richtung und eine Landespartei nach der andern warf die anarchistischen Anschauungen, die von Bakunin vertreten wurden, über Bord. Die materialistische Geschichtsauffassung, die von Marx und Engels klargelegten Grundlagen des Klassenkampfes, bildeten den Boden, von dem aus der Befreiungskampf des Proletariats von da an geführt wurde. Welches waren nun die Auffassungen, die von Bakunin und seinen Freunden vertreten wurden? Man wird finden, daß sie eine verzweifelte Ähnlichkeit mit denen haben, die jetzt der Arbeiterschaft nach dem Moskauer Diktat das Heil bringen sollen.

Die Londoner Konferenz der Internationale, die im September 1871 zusammentrat, nahm über die Frage der politischen Aufgaben der Arbeiterklasse eine längere Resolution an. Es hieß darin, daß die Sektionen der Internationale nicht nur die Organisationszentren der arbeitenden Klassen, sondern auch in allen Ländern jede politische Bewegung, die die Erreichung des Endzweckes der internationalen Assoziation der Arbeiterklasse fordere, zu unterstützen. Jede Vereinigung der Einzelkräfte der Arbeiterklasse müsse auch als Hebel im Kampfe des Proletariats gegen die politische Macht der kapitalistischen Ausbeuter dienen. Im Gegensatz zu den Leitern der Moskauer Internationale wollte also Marx und mit ihm die erste Internationale die Einheit der Arbeiterklasse herbeiführen; alle Organisationen sollten in die Internationale aufgenommen werden, die überhaupt den Kampf gegen das Kapital führten. Bakunin dagegen wollte das Gegenteil. Die Reihen der Arbeiter sollten gepaltes, an die Stelle der Organisation sollte die Anarchie treten. In einem Privatjunktural des Generalsekretärs der Internationale, „Die angelegliche Spaltung in der Internationale“, sagt Marx darüber folgendes:

„Die Anarchie, das ist das große Paradespferd ihres Meisters Bakunin, der von allen sozialistischen Systemen nur die Aufschriften aufgenommen hat. Alle Sozialisten verstehen unter Anarchie dieses: Ist einmal das Ziel der proletarischen Bewegung, die Abschaffung der Klassen erreicht, so verschwindet die Gewalt des Staates, die dazu dient, die große produzierende Mehrheit unter dem Joche einer wenig zahlreichen ausbeutenden Minderheit zu erhalten, und die Regierungsfunktionen verwandeln sich in einfache Verwaltungsfunktionen. Die Anarchie greift die Sache am umgekehrten Ende an. Sie proklamiert die Anarchie in den Reihen der Proletarier als das unfehlbarste Mittel, die gewaltigen, in den Händen der Ausbeuter konzentrierten gesellschaftlichen und politischen Machtmittel zu brechen. Unter diesem Vorwand verlangt sie von der Internationale in demselben Augenblick, wo die alte Welt sie zu ertönnen strebt, daß sie ihre Organisation durch die Anarchie erlöse.“

Vorher schon, auf dem Baseler Kongress der ersten Internationale im September 1869, hat ein Freund Bakunins, der Belgier Hins, folgendes über den Parlamentarismus und den Staat zum besten gegeben:

„Man will durch Vertretung (im Parlament) und direkte Gesetzgebung durch das Volk die gegenwärtigen Regierungen, das Volk bürgerlicher Feinde, umwandeln. Man will deshalb in die Regierungen eintreten und durch Ueberredung, durch die Zahl und durch neue Gesetze einen neuen Staat schaffen. Kameraden, gehen wir diesen Weg nicht. Lassen wir Ueber diese Regierungen in Büchsen zerfallen, anstatt sie mit unserer Moralität zu unterstützen. Die Internationale soll ein Staat in den Staaten sein. Lassen Sie die Staaten marschieren wie sie wollen, bis unser Staat der stärkere ist. Auf den Ruinen der alten Staaten bauen wir den unseren, wie er schon in jeder unserer Sektionen existiert. „Geh von da weg, daß ich an Deinen Platz mich setze.“ das ist dann unser Lösungswort.“

Hier finden wir also schon im Kern dieselben Auffassungen, die von Moskau aus jetzt verbreitet werden. Die Arbeiter sollen sich um den jetzigen Staat überhaupt nicht kümmern, sie sollen ihn verfaulen lassen, sie sollen warten, bis er in Trümmer gesunken sei. So lehrt Kurt Geyer ja auch heute die Abstinenz in der Steuerfrage, so hören wir